

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN U. Deppen von-Schaesberg-Weg 27 • 41379 Brüggen

Burggemeinde Brüggen
Herrn Bürgermeister Frank Gellen
Klosterstraße 38
41379 Brüggen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Ratsfraktion Burggemeinde Brüggen

Ulrich Deppen
Fraktionsvorsitzender

Von-Schaesberg-Weg 27

41379 Brüggen

02163 / 6903

Sonja Lankes

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Heinrich-Dohmen-Weg 17

41379 Brüggen

0157 88373004

www.gruenebrueggen.de

Initiator:

41379 Brüggen, *02*.02.2024

Antrag auf Beitritt zur „Trierer Erklärung“ des Deutschen Städtetages

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder,

die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Burggemeinde Brüggen möge sich der „Trierer Erklärung“ des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024 anschließen.

Anbei die „Trierer Erklärung“ im Wortlaut.


Begründung:

- Die AfD verachtet unser solidarisches Miteinander, unsere Grundrechte, unsere Freiheit, unsere demokratische Republik. Wir halten dem stand gegen Rechts, gegen Rassismus und für eine wehrhafte Demokratie.
- Seit die Geheimpläne von AfD-Politikern zu rassistischen Deportationen öffentlich wurden, regt sich heftiger Protest in unserem Land. Es gab erfreulich viele und vielfältige Demonstrationen. Auch in unserer Burggemeinde haben am Samstag, dem 27. Januar d. J. Mitbürgerinnen und Mitbürger deutlich wahrnehmbar gegen Extremismus demonstriert. Die politischen Vertreter unserer Gemeinde, Sie, Herr Bürgermeister und alle, dem Rat angehörenden Parteien und Wählergemeinschaften, haben sich den Protesten der Bürgerschaft angeschlossen und

in ihren Reden deutlich gemacht, dass sie sich der Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung, wie sie die AfD und andere rechten Gruppierungen offen bei ihrem Treffen in Potsdam diskutiert haben, entgegenstellen.

- Mit der Annahme der Trierer Erklärung würde die Burggemeinde noch einmal bekräftigen, dass sie willens ist, unsere demokratischen Werte gegen Rechts zu verteidigen. Die aktuelle Lage ist ein Auftrag für alle demokratischen Parteien und Wählergruppen, das Vertrauen in die Demokratie zu stärken und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und Wirtschaft gegen Demokratiefeinde einzustehen.
- Sie wäre aber auch eine Verpflichtung über das Jahr 2024 hinaus für alle zukünftigen Gemeinderäte der Burggemeinde, sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Hass zur Wehr zu setzen und für eine pluralistische Gesellschaft, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in unserer Gemeinde einzustehen.

Mit freundlichen Grüßen



(Ulrich Deppen)

Anlage

Anlage zum Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.02.2024

Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist Lebensqualität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, das Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.